

Ressort: Politik

Ex-Verfassungsrichter kritisiert Personalausweis-Entzug

Berlin, 16.01.2015, 09:11 Uhr

GDN - Der frühere Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Hans-Jürgen Papier, hat das Vorhaben der Großen Koalition kritisiert, gefährlichen Islamisten notfalls den Personalausweis zu entziehen. "Die Ausreisefreiheit ist ein ganz zentrales Menschenrecht. Ich darf daran erinnern, dass Diktaturen gerade die Ausreisefreiheit mit allen, auch militärischen Mitteln zu unterbinden versuchen", sagte Papier der "Welt".

"Man muss vermeiden, dass jemand aus vagen Verdachtsgründen daran gehindert wird, das Land zu verlassen. Das wäre weder mit dem Grundgesetz noch mit der Europäischen Menschenrechtskonvention vereinbar." Er frage sich auch, wie effektiv diese Maßnahme tatsächlich sein werde, fügte der ehemals höchste Richter des Landes hinzu. "Unter dem Strich würde ich sagen: Das ist ein eher schwaches Instrument." Im Streit um die Vorratsdatenspeicherung forderte Papier die Politik auf, sich an die Vorgaben aus Karlsruhe zu halten. "Das Bundesverfassungsgericht hat präzise beschrieben, was geht und was nicht geht. Der Gesetzgeber braucht sich nur an dieser Entscheidung zu orientieren", sagte er. "Die anlasslose, verdachtsunabhängige Speicherung aller Telekommunikationsdaten der gesamten Bevölkerung ist ein sehr schwerwiegender Grundrechtseingriff, der nur unter engen Voraussetzungen mit sehr strikten Einschränkungen vertretbar ist." So müsse die Speicherung auf höchstens sechs Monate beschränkt sein. Der Gesetzgeber müsse ferner ein hinreichendes Maß an Datensicherheit gewährleisten. Darüber hinaus müssten konkrete Verdachtsgründe bestehen, dass eine bestimmte Person sich einer schweren Straftat schuldig gemacht habe, und ein Richter müsse den Zugriff auf die Daten anordnen. "Zur Gefahrenabwehr können die gespeicherten Verbindungsdaten nur verwendet werden, wenn es konkrete Anhaltspunkte gibt, dass Leben oder Gesundheit von Bürgern oder der Bestand des Staates gefährdet sind", machte Papier deutlich. Eindringlich warnte Papier davor, die Bundeswehr im Inland einzusetzen. "Den Einsatz der Bundeswehr zum Zweck der Terrorismusabwehr halte ich weder für rechtlich zulässig noch für erwägenswert", sagte er. "Auch Anschläge wie in Paris sind im Grundsatz mit polizeilichen Mitteln bekämpfbar." Der Terrorismus wolle die betroffenen Staaten dazu zwingen, mit militärischen Mitteln zu antworten. Papier wörtlich: "Er will sie in einen Krieg zwingen."

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-48015/ex-verfassungsrichter-kritisiert-personalausweis-entzug.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619